



# **Niederschrift**

## **Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg**

19. Wahlperiode -17. (Vorbereitungs-)Sitzung

am Dienstag, dem 1. Juni 2021, 13:00 Uhr,  
als Videokonferenz

### **Anwesende Abgeordnete**

Kai Vogel (SPD)

Vorsitzender

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Barbara Ostmeier (CDU)

Tobias von Pein (SPD)

Kathrin Bockey (SPD)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stephan Holowaty (FDP)

Lars Harms (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Lukas Kilian (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Zusammenarbeit in der Coronapandemie mit dem Schwerpunkt Impfungen</b>	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Bericht über die Planungen zum ITS-Weltkongress</b>	<b>6</b>
<b>3.</b>	<b>Sachstand zum Heizkraftwerk Wedel</b>	<b>7</b>
<b>4.</b>	<b>Neun-Punkte-Plan für eine gute Zukunft der Metropolregion</b>	<b>8</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1931	
	<b>Empfehlungen für eine bessere Metropolregion umsetzen</b>	<b>8</b>
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Umdruck 19/4930	
	<b>Die Metropolregion innovativ und nachhaltig für eine gute Zukunft ausrichten</b>	<b>8</b>
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Umdruck 19/5911	
<b>5.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>11</b>

Der Vorsitzende, Abg. Vogel, eröffnet die Sitzung um 13:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung einstimmig gebilligt. Er dankt den Koalitionsfraktionen, dass die Tagesordnungspunkte Radschnellwege und Optimierung des Schienenverkehrs ([Umdruck 19/5856](#)) auf die Septembersitzungen des Ausschusses verschoben werden konnten.

## **1. Zusammenarbeit in der Coronapandemie mit dem Schwerpunkt Impfungen**

Herr Schlüter, stellvertretender Leiter der Projektgruppe zum Aufbau landesweiter Impfzentren des Sozialministeriums, berichtet einleitend, die Impfstoffe würden vom Bund anteilig zur Bevölkerungszahl auf die Bundesländer verteilt. Für die Impfung in einem Impfzentrum in Schleswig-Holstein sei daher normalerweise ein Erstwohnsitz in Schleswig-Holstein Voraussetzung. Wer jedoch in der Grenzregion Hamburg/Schleswig-Holstein beruflich im jeweils anderen Bundesland tätig sei, könne auch in dem Arbeitsbundesland geimpft werden. Seines Wissens fordere Hamburg vom Bund Impfdosen nach, weil sich viele Menschen mit Erstwohnsitz in den angrenzenden Bundesländern dort impfen lassen wollten. Schleswig-Holstein werde keine Impfdosen an Hamburg abgeben.

Auf Fragen des Abg. Vogel berichtet Herr Schlüter, es werde in Schleswig-Holstein keine gesonderte Impfkampagne für Schülerinnen und Schüler geben, mithin auch keine Impfkampagnen an Schulen. Somit gelte bei etwaigen Impfungen von Schülerinnen und Schülern ebenso das Wohnortprinzip. Anders verhalte es sich jedoch bei Impfungen durch niedergelassene Ärzte, da diese auch jeweils im anderen Bundesland lebende Patientinnen und Patienten impfen dürften, weil sie nicht dem restriktiven Impfstoffregime unterlägen.

In der Tat, so Herr Schlüter auf eine weitere Frage des Abg. Vogel, sei für Bürgerinnen und Bürger Hamburgs auch eine Impfung im schleswig-holsteinischen Impfzentrum Norderstedt möglich.

Das anfänglich aufgetretene Problem, dass schleswig-holsteinische Bürgerinnen und Bürger am Hamburger Rand aufgrund ihrer Telefonvorwahl 040 bei Kontakt zur Telefonhotline 116 117 pauschal an Hamburg verwiesen worden seien, sei seines Wissens schnell behoben worden.

Auf eine letzte Nachfrage des Abg. Vogel berichtet Herr Schlüter, das ab Juni eingesetzte Verfahren der Impfterminvergabe in den schleswig-holsteinischen Impfzentren werde es ermöglichen, sich für das jeweils räumlich nächste Impfzentrum zu entscheiden, um weite Reisewege durch das Land zu vermeiden. Es bleibe aber dabei, dass Hamburgerinnen und Hamburger - mit den geschilderten Ausnahmen für Pendlerinnen und Pendler - grundsätzlich keinen Zugang zu schleswig-holsteinischen Impfzentren erhielten.

## **2. Bericht über die Planungen zum ITS-Weltkongress**

Abg. Vogel berichtet, der ITS-Weltkongress finde vom 11. bis 15. Oktober 2021 in Hamburg statt. Die Veranstaltung, die alle drei Jahre stattfindet, beschäftige sich insbesondere mit innovativen Mobilitätslösungen. Er sei der Auffassung, dass Schleswig-Holstein ein Interesse habe, sich bei dieser Veranstaltung gut zu präsentieren und eigene Projekte, beispielsweise den GreenTEC Campus, vorzustellen.

Abg. Bockey stimmt ihm zu. Sie regt an, die Arbeit des Testzentrums für automatisiert verkehrende Busse in Lauenburg (TaBuLa), das gemeinsam mit der Technischen Universität Hamburg betrieben werde, beim ITS-Weltkongress vorzustellen. Ein anderes Projekt, das hierfür interessant sein könnte, seien die On-Demand-Shuttles im Landkreis Harburg. Es wäre interessant, so Abg. Bockey, von Landesregierung und Senat zu erfahren, wie diese und andere Projekte dort präsentiert würden. Sie frage auch, wie die präsentierten Projekte ausgewählt worden seien. Ihres Wissens gebe es vom Bund für die Förderung entsprechender Pilotprojekte Mittel in Höhe von 36 Millionen €.

### **3. Sachstand zum Heizkraftwerk Wedel**

Der Vorsitzende, Abg. Vogel, berichtet, es solle bei der Beratung am 11. Juni 2021 nicht in erster Linie um den Partikelausstoß des Kraftwerks gehen, sondern um die Perspektive der Stilllegung. Er halte daher einen Bericht durch den Hamburger Senat für ausreichend.

Abg. Ostmeier spricht sich dafür aus, auch die Sichtweise der schleswig-holsteinischen Landesregierung zum Stilllegungszeitplan zu hören. - Abg. Holowaty stimmt ihr zu.

Der Ausschuss kommt somit überein, die Landesregierung zu bitten, in der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse am 11. Juni 2021 hierzu zu berichten.

#### **4. Neun-Punkte-Plan für eine gute Zukunft der Metropolregion**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1931](#)

##### **Empfehlungen für eine bessere Metropolregion umsetzen**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/4930](#)

##### **Die Metropolregion innovativ und nachhaltig für eine gute Zukunft ausrichten**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/5911](#)

Der Vorsitzende, Abg. Vogel, dankt einleitend den Fraktionen bei der Erstellung des interfraktionellen Antrags ([Umdruck 19/5911](#)). - Abg. Bockey spricht sich für eine Reform der Arbeitsweise der Fraktionen im Vorfeld der Ausschusssitzungen aus, um zu einer früheren Übersendung konsolidierter, geeinter Vorlagen zu kommen.

Frau Kling, Leiterin des Referats „Europäische Raumordnung, grenzüberschreitende sowie regierungsbezogene Landesentwicklung“ des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, zeigt sich eingangs erfreut über die Unterstützung der Erneuerung der Metropolregion durch den Landtag, die sich mit dem vorgelegten Antrag abzeichne. Sie wolle jedoch darauf hinweisen, dass der im Antrag bei einer Reihe von Punkten festgelegte Stichtag Ende 2022 nicht zu halten sein werde. Insbesondere werde es der Landesregierung nicht möglich sein, bis Ende 2022 zum Ergebnis der Bemühungen zu berichten. Zu diesem Zeitpunkt sei nach derzeitigem Zeitplan nur ein Zwischenbericht leistbar.

Zum Zweiten, so Frau Kling, wolle sie kurz darauf hinweisen, dass die Namensrechte für den Begriff „NEW 4.0“ bei einer Hochschule lägen. Das entsprechende Projekt werde jedoch unter anderer Überschrift weiter verfolgt.

Abg. Bockey spricht sich dafür aus, spätestens zu Ende 2022 einen Zwischenbericht zu erhalten.

Abg. Lehnert meint, die zeitlichen Verzögerungen bei der Behandlung des OECD-Berichts zeigten ein Grundproblem der Metropolregion auf. Er kritisiert, dass es annähernd zwei Jahre brauche, um die entsprechenden Projekte auf den Weg zu bringen. Die Metropolregion verfüge durch die Beteiligung von vier Bundesländern und zahlreicher weiterer Körperschaften über eine inadäquate Arbeitsstruktur. Die Art und Weise, wie mit dem OECD-Bericht umgegangen werde, gebe insofern bislang leider dem Hauptkritikpunkt der OECD recht. In Bezug auf die Berichterstattung der Landesregierung spricht er sich dafür aus, schon vor Dezember 2022 einen Bericht zu erhalten.

Abg. Holowaty stimmt dem zu. Offenbar sei der zentrale Kritikpunkt der OECD an der Struktur der Metropolregion - die Zersplitterung - zutreffend. Es brauche eher ein engeres Monitoring, ein Zwischenbericht zur Jahresmitte 2022 erscheine daher sinnvoll.

Der Vorsitzende, Abg. Vogel, berichtet von einem Termin bei den Industrie- und Handelskammern, den er als Ausschussvorsitzender gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Ausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft, Herrn Pochnicht, wahrgenommen habe. Die Industrie- und Handelskammer habe gefordert, die Reform der Metropolregion schneller und mit mehr Verve voranzutreiben.

Abg. Strehlau meint, ein Zwischenbericht zur Mitte des Jahres 2022 ermögliche zudem, noch parlamentarische Impulse in dem weiteren Prozess zu geben.

Abg. Holowaty regt an, in Punkt 2 des Antrags ([Umdruck 19/5911](#)) das Wort „Innovationstrategie“ zu „Innovationsstrategie und Konzept“ zu erweitern. - Frau Kling berichtet hierzu, beides werde bereits von Landesregierung wie den Gremien der Metropolregion entsprechend bearbeitet. Sie halte die Umformulierung daher nicht für erforderlich. - Abg. Holowaty stimmt ihr daraufhin zu.

Abg. Holowaty spricht sich ferner dafür aus, in Punkt 9 des Antrags nicht von „öffentlichen freien WLANs“, sondern von „offenen, freien WLANs“ zu sprechen. - Abg. Ostmeier schließt sich dem an.

Abg. Holowaty spricht sich für halbjährliche Zwischenberichte aus. - Frau Kling regt an, bereits zum Stand 31. Dezember 2021 einen Bericht zu geben. - Abg. Ostmeier meint, ein mündlicher

Bericht im Ausschuss sei gegebenenfalls einfacher und schneller zu bewerkstelligen als ein schriftlicher Bericht der Landesregierung mit Kabinettsbefassung, Zuleitung an den Landtag und etwaiger Ausschussüberweisung. - Abg. Holowaty stimmt ihr zu. Es gehe hier insbesondere darum, wie die schleswig-holsteinische Landesregierung den Schleswig-Holsteinischen Landtag informiere; insofern sei es bei diesem Punkt 12 des Antrags nicht zentral, mit der Hamburgischen Bürgerschaft zu einer gleichlautenden Formulierung zu finden. - Abg. Vogel spricht sich dafür aus, wo immer möglich zu einem gemeinsamen Antragstext mit der Hamburgischen Bürgerschaft zu kommen.

Die Antragsteller kommen überein, den Antrag mit entsprechenden Änderungen bei Punkten 9 und 12 erneut vorzulegen ([Umdruck 19/5914](#)).

## **5. Verschiedenes**

Der Vorsitzende, Abg. Vogel, weist auf die anstehenden Sitzungen des Ausschusses hin:

- Freitag, 11. Juni 2021, 17:00 Uhr (Videositzung): Gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft
- Mittwoch, 16. Juni 2021, circa 13:00 Uhr (Präsenzsitzung im Anschluss an die Vormittagssitzung des Landtags): Beschlussfassung

Der Vorsitzende, Abg. Vogel, schließt die Sitzung um 14:00 Uhr.

gez. Kai Vogel  
Vorsitzender

gez. Dr. Sebastian Galka  
Geschäfts- und Protokollführer